Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 78 (2000)

Heft: 1

Artikel: Finanz- und Wirtschaftspolitik nach den Wahlen 99 : ein Gespräch mit Anita Fetz und Serge Gaillard

Autor: Fetz, Anita / Gaillard, Serge

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-341522

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Finanz- und Wirtschaftspolitik nach den Wahlen 99

Ein Gespräch mit Anita Fetz und Serge Gaillard

Nach den Wahlen vom Herbst 1999 steht die SVP vor allem als politische Organisation gestärkt da. Für die Wirtschaftspolitik in der Schweiz wird dies Folgen haben. Insbesondere in den Bereichen Steuer- und Finanzpolitik sowie soziale Sicherheit wird das Klima für die SP massiv kälter werden, und diverse Privatisierungsforderungen haben dank des Departements Couchepin starken Auftrieb erhalten. Umgekehrt kann das Scheitern der WTO in Seattle als Signal und Widerstand gegen eine rein marktregulierende Gesellschaft mit dem ungebrochenen Recht des Stärkeren interpretiert werden. Ganz grob betrachtet, markieren diese Punkte neben der Erosion des Industriestandortes Schweiz (vgl. Adtranz, Sulzer u.a.), der Erwerbslosigkeit und dem unspektakulären Wirtschaftswachstum die widersprüchliche Ausgangslage, in der die SP in den nächsten vier Jahren ihre wirtschaftspolitische Kompetenz quasi wiedergewinnen muss, und die Orte, wo die strategischen Grundlinien verlaufen sollen.

Redaktion: *Was hat sich für euch in wirtschaftspolitischer Hinsicht mit den Wahlen geändert?*

Anita Fetz: Ganz offensichtlich hat sich der Mainstream noch mehr auf die Steuerabbaustrategie verlagert, wobei noch nicht klar ist, in welchem Mass sich das auf die Arbeit im Parlament auswirken wird.

Serge Gaillard: Die Wahlen haben uns um vier Jahre zurückgeworfen. Bereits das letzte Parlament hat versucht, Leistungen des Sozialstaates abzubauen und Steuern zu senken. Es brauchte dann zwei Abstimmungssiege der SP und der Gewerkschaften (dringlicher Bundesbeschluss zur Arbeitslosenversicherung und das Arbeitsgesetz), um den Abbau zu stoppen. Die Vorstösse für Steuergeschenke an die Unternehmen konnten wir am runden Tisch beerdigen. Die Krise hat die sozialen Probleme verschärft – deshalb steht in den nächsten Jahren die Sozial-, Lohn- und Steuerpolitik im Vordergrund. Da es hier um Verteilungsfragen geht, wird die Polarisierung ausgeprägt sein.

Red.: *Siehst du das auch so, Anita, dass wir um vier Jahre zurückgeworfen worden sind?*

AF: Angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der letzten Jahre ist es uns recht gut gelungen, die sozialen Errungenschaften zu verteidigen. Heute müssen wir den Konjunkturaufschwung dazu nutzen, vermehrt wieder eigene Themen zu besetzen. Motto: Endlich wieder in die Menschen investieren. Hier denke ich vor allem an die Bildungspolitik, die auch eine wichtige wirtschaftspolitische Bedeutung hat. Die Schweiz braucht eine Bildungs- und Technologieoffensive, die die Menschen dazu befähigt, den Modernisierungswandel zu bewältigen. Die SP ist bereit, massiv mehr Geld in die Bildung zu investieren, und zwar im Sinne einer wirtschaftlichen Investition. Dabei wird

sie darauf achten müssen, dass diese Investition sowohl einen sozialen Ausgleich bewirkt als auch die Geschlechterdifferenz abbaut.

SG: Die ganze Berufsbildungsreform ist nicht zuletzt aufgrund des Drucks der SP und der Gewerkschaften auf gutem Weg. Das Problem ist, dass diese Bildungsoffensive etwas kosten wird, und zwar bis zu einer Milliarde Franken pro Jahr. Hier stellt sich einerseits die Frage nach der Kostenaufteilung zwischen Bund und Kantonen und andererseits nach der Umverteilung des Bundesbudgets. Die SP-Umverteilungsinitiative, die die Halbierung der Militärausgaben verlangt, ist in diesem Zusammenhang ganz wichtig.

Red.: *Wo sind hier Prioritäten zu setzen? Der Rahmenkredit für Bildung und Wissenschaft soll ja erst im Jahr 2002 erhöht werden, und es besteht heute eine Konkurrenz zwischen Fachhochschulen und Universitäten.*

SG: Fachhochschule und Universität dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. In alle Bereiche der Bildung (Berufsausbildung, Fachhochschule und Universität) muss mehr investiert werden.

AF: Dazu brauchen wir aber auch eine Reorganisation der Universitäten. Es ist viel zu teuer, in der Schweiz beispielsweise drei bis vier medizinische Zentren zu betreiben. Ich bin nicht mehr bereit, immer den föderalistischen Ausgleich auch noch mitzufinanzieren. Das gilt auch für die Fachhochschulen. Ich finde, dass der Bund nicht nur mehr Geld investieren, sondern dafür auch mehr Kompetenzen erhalten soll, denn die Kantone werden die gesamtschweizerische Steuerung der Bildung nicht leisten können. Nur dank einer zentralen Steuerung können die Mittel gezielt eingesetzt werden. Wünschbarer Trend: Eine Hochschule mit verschiedenen Kompetenzzentren.

Red.: *Bei den Zukunftstechnologien ist die Schweiz ja im Rückstand. Wie sollen hier die Mittel eingesetzt werden?*

AF: Ich würde ein Megaimpulsprogramm für die neuen Technologien lancieren, weil uns das wirtschafts- und bildungspolitisch sehr viel bringt. Die Förderung der neuen Technologien löst eine Welle von Firmengründungen aus und führt zu neuen, hoch wertschöpfungsorientierten Arbeitsplätzen. Die Förderung der neuen Technologien und bestausgebildeter Leute ist – neben Risikokapital – eines der wichtigsten Instrumente, um die Gründung innovativer KMU-Start-ups zu fördern. Beispiel: In der Schweiz werden jährlich ca. 700 Informatiker ausgebildet. Der Bedarf der Wirtschaft ist aber 10mal höher! Das müssen wir koppeln mit einem Impulsprogramm für Frauen. Sie dürfen auf keinen Fall in den Zukunftsberufen den Anschluss verpassen.

SG: Einverstanden damit, dass wir öffentliche Gelder in die Köpfe und nicht in die Unternehmen investieren. Fachhochschulen, Forschung an den Fachhochschulen und Hochschulen und allenfalls die Diffusion der Technologien sollen finanziell unterstützt werden. Steuererleichterungen und Subventionen für Unternehmen sind sicher der falsche Weg. Wir sollten uns deshalb wirklich darauf konzentrieren, die richtigen Bildungsvoraussetzungen herzustellen, das heisst, auch neue Ausbildungsgänge für die Berufsbildung zu entwickeln.

Red.: *Zu diesem Bereich noch eine letzte Frage: Wie inzwischen allen bekannt ist, bilden viele der neuen Firmen keine eigenen Lehrlinge mehr aus. Genügt hier die Lehrstelleninitiative (LIPA), oder braucht es zusätzliche dringende Massnahmen, damit auch dort Lehrstellen angeboten werden?*

AF: Ich glaube nicht, dass man einen Betrieb, der keine Lehrlinge ausbilden

will, auf irgendeine Art dazu zwingen kann. Ein Ausgleichsfonds, wie er von der LIPA verlangt wird, scheint mir – auch wenn wir über die konkrete Form noch diskutieren müssten – ein gangbarer Weg.

SG: Wir haben schon zwei Lehrstellenbeschlüsse durchgebracht. Nun geht es darum, in Kleinarbeit die neuen Ausbildungslehrgänge zu definieren und zu konkretisieren. Auch das kostet natürlich Geld. Die LIPA löst einen Teil des Finanzierungsproblems.

Red.: *Wechseln wir das Thema: Man erhält heute den Eindruck, dass der neue finanzpolitische Spielraum von den Bürgerlichen mit Verweis auf den Standortwettbewerb auf aggressive Weise sofort für Steuersenkungen und Steuerprivilegien genutzt wird. Wie wollt ihr in den nächsten vier Jahren diesem bürgerlichen Ansinnen entgegentreten?*

SG: Die Kosten der Krise hat man den unteren und mittleren Einkommen aufgehalst. Heute versuchen die bürgerlichen Parteien mit dem Hinweis auf den Standortwettbewerb die bis anhin verschont gebliebenen hohen Einkommen durch Steuersenkungen und das Schaffen von neuen Schlupflöchern noch zusätzlich zu begünstigen. Wir müssen die direkte Bundessteuer verteidigen. Und wir wollen die Steuerschlupflöcher, etwa im Bereich der Kapitalgewinne, der überobligatorischen 2. und 3. Säule, bei der die Gutbetuchten einen Teil ihres Einkommens am Fiskus vorbeisparen können, stopfen. Es geht uns in den nächsten Jahren um mehr Steuergerechtigkeit – auch zwischen den Kantonen.

Red.: *Zur Kapitalgewinnsteuer ist von uns eine Initiative eingereicht worden. Das Thema ist also auf der Traktandenliste. Braucht es andere, ähnliche Vorstösse?*

AF: Ich glaube, wir haben es hier mit einem mentalen Problem zu tun. Wir kommunizieren zuwenig, dass wir relativ niedrige (Unternehmens-)Steuern und eine tiefere Staatsquote in der Schweiz haben. Bezüglich Kapitalgewinnsteuer bin ich optimistisch, dass wir diese Initiative gewinnen können. Alle finden es eine schreiende Ungerechtigkeit, dass man für ein Einkommen von Fr. 70'000.– in Basel ca. Fr. 12'000.– Steuern bezahlt, für das gleiche Einkommen aus Kapitalgewinn aber keinen Rappen. Wir haben eine andere Vorstellung von Steuergerechtigkeit. Familien mit mittleren Einkommen werden dank unserer Gesundheitsinitiative bis zu Fr. 7000.– pro Jahr einsparen – das ist weit mehr, als sie durch die bürgerlichen Steuerstopp-Versprechen bekommen. Wichtig ist für mich z.B. die ökologische Steuerreform. Der ökologische Umbau von Wirtschaft und Konsum ist eine zentrale Strategie, weil dieser Umbau den Rationalisierungsdruck von der menschlichen Arbeit weg hin zu den Energien und Ressourcen verschiebt. Auch im Bereich der Sozialversicherungen und deren Finanzierung müssen wir andere Perspektiven als den reinen Erhalt aufzeigen können.

SG: Wir müssen vorsichtig sein, denn wir sind in den letzten Jahren zu stark als Fiskalpartei erschienen, die immer neue Steuern wollte. Tiefe und mittlere Einkommen dürfen in den nächsten Jahren nicht zusätzlich steuerlich belastet werden. Familien müssen steuerlich entlastet werden – dies aber, ohne dass die Progression bei der Bundessteuer vermindert wird, und ohne zu grosse Steuerausfälle. Gleichzeitig müssen wir auch die Einnahmen des Bundes verteidigen, beispielsweise beim Börsenstempel, der nur mit Kompensation im gleichen Sektor reduziert oder abgeschafft werden darf.
Bei der Finanzierung der AHV ist jede Dramatisierung fehl am Platz. Die IDA/FISO-Szenarien gehören in den Papierkorb. Sie beruhen auf unplausiblen Annahmen, wie der andauernden Abnahme

der Beschäftigung nach 2005. Finanzierungsprobleme hat allerdings die IV. Die bedeutendsten Finanzierungsprobleme bestehen jedoch im Gesundheitswesen. Die Gesundheitsinitiative gibt hier Antworten. Bei der Arbeitslosenversicherung müssen wir uns dafür einsetzen, dass sich der Bund und die Kantone dauerhaft an der Finanzierung beteiligen. Es ist nicht in Ordnung, dass die Lohnabhängigen alleine die ganzen RAV- und die arbeitsmarktlichen Massnahmen finanzieren.

AF: Natürlich sollten wir die Dramatisierung nicht mitmachen. Das Problem ist aber, dass die Leute uns nicht mehr glauben, weil sie selber sehen, dass in ihrem Umfeld immer mehr Menschen alt und älter werden und wir nicht mehr nur auf Wirtschaftswachstum setzen können, um die demographische Entwicklung und die Gesundheitskosten aufzufangen. Wir müssen den BürgerInnen ehrlich sagen, dass es dieses demographische Problem zwar gibt, es aber mit mehr Mitteln zu finanzieren ist, wenn wir dies nur wollen.

SG: Die Wirtschaftsentwicklung und die Arbeitslosigkeit sind die wichtigsten Ursachen der Probleme, nicht die Demographie. Die Gesundheitsausgaben nehmen schneller zu, als die Wirtschaft wachsen kann. Aber auch dies geschieht nicht in erster Linie wegen der zunehmenden Überalterung. Die politische Frage ist, ob wir uns bei der 11. AHV-Revision von den demographischen Szenarien erpressen lassen oder nicht. Wird es eine Finanzierungsvorlage, die uns zwingt, Konzessionen beim Rentenalter zu machen, die Abschaffung der Witwenrente und eine schlechte Flexibilisierungslösung zu akzeptieren, oder kämpfen wir für eine gute Flexibilisierungslösung? Ich denke, die zweite Variante ist die bessere.

AF: Einverstanden. Dazu müssen wir aber ein Klima schaffen, in dem wir nicht erpresst werden können. Diese klimatische Frage haben wir unterschätzt. Das ist mir bei der Mutterschaftsversicherung aufgefallen. Die Leute haben grundsätzlich Angst, dass solche Sachen nicht mehr finanzierbar sind, und es ist extrem schwierig, rational zu argumentieren, wenn eine diffuse Angststimmung herrscht. Hier müssen wir eine neue Glaubwürdigkeit für unsere Positionen herstellen. Am besten, indem wir mehr mit Verteilungsdeals argumentieren, beispielsweise nationale Erbschaftssteuer, dafür Entlastung der Familien und Erhöhung des Kindergeldes.

SG: Da stimme ich dir zu. Es ist dennoch eine nicht zu unterschätzende Leistung der Linken, dass wir die Krisenjahre trotz ständiger Finanzierungsdiskussionen ohne nennenswerten Sozialabbau überstanden haben.

Red.: *Die SP und die Gewerkschaften haben die Reformen von Post, Telecom und SBB mitgetragen. Die Entwicklung scheint heute aber den Interessen von SP und Gewerkschaften zu entgleiten. Gibt es in diesem Bereich einen Reregulierungsbedarf?*

AF: Ich bin immer noch Meinung, dass es richtig war, diese Betriebe zu verselbständigen. Es geht nun aber darum, sie modern, sozial- und arbeitnehmerverträglich zu gestalten. Darauf müssen wir Einfluss nehmen. Die Betriebe gehören ja immer noch der öffentlichen Hand. Wir brauchen Personen auf den Entscheidungsebenen, die den Service public nicht nur wettbewerbsfähig, sondern vor allem leistungsfähig machen wollen. Dazu gehört neben Management-know-how auch soziales Augenmass. Dies muss auf der Ebene des strategischen Managements und nicht auf der Ebene der Gesetzgebung angegangen werden. Immerhin ist ein gut funktionierender Service public ein wichtiger Standortvorteil.

SG: Mit den Reformen verfolgten wir vier Ziele: ein flächendeckendes Angebot an

Leistungen zu günstigen Preisen, Zugang zu neuen Technologien, Bewahrung des Einflusses des Bundes und der guten Arbeitsbedingungen. Diese Ziele können unter den heutigen Rahmenbedingungen erreicht werden. Selbstkritisch müssen wir aber zugeben, dass wir uns nach den Reformen zu wenig stark mit der Politik dieser Unternehmen und des Bundesrates auseinandergesetzt haben. Wir müssen bei jedem dieser Betriebe wissen, was wir von ihm wollen, und wir müssen die Unternehmen dazu zwingen, dass sie mit den Gewerkschaften GAVs abschliessen, in denen die wesentlichen Arbeitsbedingungen wie Löhne und Arbeitszeiten geregelt sind.

AF: O.k. Es scheint mir aber wichtig, dass wir hier nicht einfach die Wahrung des Besitzstandes verteidigen. Veränderungsprozesse bringen neue Strukturen mit sich, verunsichern die Leute, bedeuten aber nicht per se gleich Sozialabbau.

SG: Ein Lohnabbau oder Entlassungen aber kommen für uns nicht in Frage.

Red.: *Wir müssen zum Schluss kommen. Kurz: Wo müssen wir besser werden in den nächsten vier Jahren, um unter den veränderten Bedingungen erfolgreich sein zu können?*

AF: Weniger Jekami-Politik. Wir müssen unsere personellen, finanziellen und organisatorischen Ressourcen endlich gezielter einsetzen. Die Partei muss sich auf wesentliche Punkte beschränken: Steuergerechtigkeit, Sicherung der Sozialwerke, Begrenzung der Gesundheitskosten, Bildungsoffensive, ökologischer Umbau, internationale Integration der Schweiz, und diese konzentriert und auf neue Weise kommunizieren. Es braucht auch neue Strategien und vermehrt strategische Debatten. Wo gibt es Dominoeffekte, wo kluge Bündnisse, wo verhandelbare Verteilungsdeals, wo neue Formen von Einflussnahme etc.? Ein Beispiel: Die ganze Diskussion um die Freisetzungsversuche bei der Gentechnologie würde sich entkrampfen, wenn wir den strategischen Hebel bei einem radikal und langfristig verursacherorientierten Haftpflichtrecht ansetzen würden. Wir müssen auch neue Formen für die Mitgestaltung in der Wirtschaft suchen. Ich denke hier zum Beispiel an Aktienbeteiligungen der MitarbeiterInnen, an die Einflussmöglichkeiten, die die Gewerkschaften bezüglich der Anlagestrategien der Pensionskassen ausüben könnten. Dazu muss ergänzend eine aktive Bündnispolitik kommen. In vielen Bereichen haben wir zum Beispiel dieselben Interessen wie die modernen KMUs. Dieses Feld dürfen wir nicht mehr den Bürgerlichen und konservativen Gewerbeverbänden überlassen.

SG: Der Aufschwung muss für mehr Steuer- und Lohngerechtigkeit genutzt werden. Anita hat die wichtigsten Gebiete aufgezählt: Steuern, Sozialversicherungen und Bildung. Ich füge die Lohnpolitik hinzu. Das bedeutet, dass in der Finanzpolitik die Gewichte verschoben werden: weniger Militärausgaben, weniger Landwirtschaftsausgaben, mehr Bildungsausgaben. Bei der 11. AHV-Revision müssen Gewerkschaften und SP am gleichen Strick ziehen – sonst droht eine Spaltung wie bei der 10. AHV-Revision. Im ganzen Bereich der öffentlichen Dienstleistungen fehlt momentan eine Strategie der Linken. Eine solche müssen wir schnell entwickeln. In der Lohnpolitik müssen wir Gewerkschaften den unseligen Trend zur Individualisierung der Löhne brechen und den Übergang zu steigenden Löhnen für alle schaffen.

Anita Fetz ist Mitinhaberin einer Unternehmensberatungsfirma, Bankrätin der Basler Kantonalbank und Nationalrätin.
Serge Gaillard ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.